

Eine Aufwertung ist mehr als an der Zeit

Andreas Rheinländer über Freiwilligendienste

Die alljährliche Debatte um einen Pflichtdienst ist inzwischen zu einer lieb gewonnenen Tradition geworden. Pünktlich zum Sommerloch ist, zumeist aus den Reihen der CDU, der Ruf nach einem sozusagen unfreiwilligen Sozialen Jahr zu vernehmen, das dem jungen Menschen Gemeinsinn und Opferbereitschaft lehren soll. Meist zieht diese Debatte konsequenzlos vorüber.

Dieses Jahr aber hat sie einen neuen Dreh bekommen. Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer hat für 2021 die Einführung eines Freiwilligendienstes in der Bundeswehr mit dem nicht sonderlich an-

sprechenden Namen „Dein Jahr für Deutschland“ geplant. Zum Zwecke des – Zitat – „Heimatschutzes“. Parallel dazu räsoniert die neue Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) über die Wiedereinführung der vor neun Jahren ausgesetzten Wehrpflicht. Das Argument: Mit der Zwangsverpflichtung könnte man der weiteren Bildung rechtsextremer Netzwerke in der Bundeswehr entgegenwirken. Netzwerke, die allerdings schon zu Zeiten der Wehrpflicht ein großes Problem der Truppe waren.

Kramp-Karrenbauers Freiwilligenjahr im militärischen Kontext wiederum bietet eine gute Gelegenheit, daran zu erinnern, dass es gut eingespielte, bundesweit von Zehntausenden genutzte Freiwilligenformate bereits gibt. Im FSJ, FÖJ, FSJ-Sport und im Bundesfreiwilligendienst engagieren sich junge Menschen zumeist direkt nach der Schule in

sozialen, kulturellen und ökologischen Einrichtungen. Sie werden in ihrem Selbstverständnis nach zumeist nicht „für Deutschland“ aktiv, sondern für andere, für die sie Verantwortung übernehmen.

Dazu kommt: Mit der Verbindung des Begriffs der Freiwilligkeit und des Militärs wird zusammengebracht, was nicht zusammengehört. Mit ihrem Projekt verletzt die Verteidigungsministerin die zivile Grundidee der Freiwilligendienste, die sich in Ergänzung und aus dem Zivildienst heraus als Alternative für Kriegsdienstverweigerer entwickelt haben.

Es ist dringend zu empfehlen, die Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste aller Sparten zu verbessern. Eine Aktion zur grundlegenden Aufwertung und Förderung ist mehr als an der Zeit. Dazu gehören Image-Kampagnen, aber auch handfeste

Verbesserungen wie die Einführung eines kostenlosen Freiwilligen-Tickets. Politikerinnen und Politiker, denen das Engagement wirklich am Herzen liegt, sollten zivilgesellschaftliche Initiativen stützen und dazu beitragen, dass der Freiwilligendienst gesamtgesellschaftlich eine größere Wertschätzung erfährt.



FOTO: SFD

Unser Gastautor

ist Geschäftsführer des SFD Bremen und dort zuständig für die Bereiche FSJ-Kultur und FSJ-Politik. Der Verein ist der größte Anbieter von Jugendfreiwilligendiensten in Bremen.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.